

---

# Dokumentation

---

## Die geeinten deutschen Gewerkschaften in der Gemeinschaft der europäischen Staaten - Erklärung des Hans-Böckler-Kreises

Der Hans-Böckler-Kreis ist eine Vereinigung von Wissenschaftlern, überwiegend Historikern, die seit 1975 regelmäßig auf Einladung des DGB-Vorsitzenden in der Absicht zusammentritt, die Historiographie zur Gewerkschaftsgeschichte zu fördern, in diesem Sinne auch in die Gewerkschaften hineinzuwirken und zur politischen Beratung der Gewerkschaften beizutragen. Dem Kreis gehören Gerhard Beier, Ulrich Borsdorf, Helga Grebing, Hans-Hermann Hartwich, Hans-Otto Hemmer, Gerhard Leminsky, Martin Martiny, Susanne Miller, Hans Mommsen, Lutz Niethammer, Henryk Skrzypczak, Hans-Josef Steinberg und Klaus Tenfelde an.

Wir, der Hans-Böckler-Kreis, verfolgen seit Monaten wie viele andere mit Faszination, Bangen und Besorgnis die Entwicklungen im Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Unsere Besorgnis gilt insbesondere den beidseitigen Entwicklungen in den Gewerkschaften. Wir meinen, daß die Bedeutung des Gesamtvorgangs, dessen Risiken und insbesondere dessen Chancen in den westdeutschen Gewerkschaften, an die wir uns vor allem wenden, nicht mit der erforderlichen Tiefenschärfe ausgelotet und infolgedessen manche Gestaltungsmöglichkeiten gewerkschaftlicher Politik in diesen Monaten vertan werden. Die reiche Fülle historischer Erfahrungen der deutschen Gewerkschaften und der Menschen in Deutschland ist bisher nicht zum Tragen gekommen. Gewerkschaftliche Politik ist in diesen Monaten in der Gefahr, die Erfahrungen vierzigjähriger DDR-Geschichte für die Menschen im bisher noch anderen Deutschland zu unterschätzen und die letztlich vorrangigen europapolitischen Aspekte einer künftigen Gewerkschaftspolitik zu vernachlässigen. Auch erscheint uns in dieser Situation eine Besinnung auf die historisch gewachsenen Grundüberzeugungen deutscher Gewerkschafter vonnöten.

Als Historiker sind wir uns des Problems bewußt, daß politische Vorschläge in diesen Tagen veraltet sein können, kaum daß sie zu Papier gebracht wurden. Wir wollen uns deshalb konkreter Vorschläge im einzelnen enthalten, aber Problemfelder identifizieren und in ihnen Stellung beziehen. In wichtigen Bereichen scheinen bestimmte Wege bereits geebnet, so insbesondere, nach der Auflösung des FDGB-Dachverbandes, hinsichtlich der Vereinigung der Einzelgewerkschaften. Gerade dies erfüllt uns mit Sorge, denn auf diese Weise wird - entgegen der Verfassungsdebatte, die der 14. Bundeskongreß gefordert hat - der Artikel 23 des Grundgesetzes gewerkschaftspolitisch antizipiert und die historische Erfahrung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik oktroyiert. Die Gefahr besteht, daß politische Organisations- und Aktionsformen festgeschrieben werden, die im Blick auf künftige Probleme Kritik und Korrektur verdienen. Es erscheint uns auch moralisch zweifelhaft, wenn sich die westdeutschen Gewerkschaften quasi als Mit-Sieger des westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems gebärden. Und schließlich wird eine entscheidende, geradezu historische Chance vertan: die der von einsichtigen Kritikern längst geforderten Reform des DGB an Haupt und Gliedern.

Wir könnten deshalb in Teilen des unten Gesagten bereits zu spät kommen, aber vielleicht kann selbst dann reflektierte Politik noch Gewinn aus den Gedanken anderer ziehen. Daß ein Moment des Innehaltens und der Selbstvergewisserung nützlich und

nötig ist, liegt für uns auf der Hand. Daß wir irren können, wissen wir gut genug. Aber der politische Irrtum ist nur im freien Diskurs zu identifizieren. Zu dessen Vertiefung wollen wir beitragen.

### 1. Deutsche Geschichte und Einheitsgewerkschaft

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts sind die deutschen Gewerkschaften als Selbsthilfe- und Kampforganisationen der Lohnabhängigen unter privat- und marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entstanden. Zu den besonders leidvollen Erfahrungen des langen Kampfes für die Emanzipation der Arbeiter gehörte die richtungsgewerkschaftliche Aufspaltung der Organisationen in solche, die sich bestimmten Parteien oder Konfessionen zuordneten oder die, wie bei den Angestellten, Sonderinteressen vorstellten.

Sich selbst den jeweils gewandelten Erfordernissen anzupassen, hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung stets nur nach krisenhaften Erfahrungen vermocht: zunächst im Anschluß an die zwölfjährige Verbotszeit während des Sozialistengesetzes, dessen wichtigste Folge in der Modernisierung der gewerkschaftlichen Organisationsstruktur lag. In den frühen 1890er Jahren entstand der bis heute fortwirkende gewerkschaftliche Dachverband als „Generalkommission“. Die Einzelgewerkschaften überwandten im Prinzip, wenn auch längst nicht überall mit Durchschlagskraft, die überkommene berufsverbandliche Organisation und fanden zu industrieweiten Vereinigungen. Ähnliche Wirkungen zeitigte die zwölfjährige nationalsozialistische Diktatur. In der Reformphase, die auf die terroristische Unterdrückung der Gewerkschaften folgte, setzte sich nicht nur das Industrieverbandsprinzip endgültig durch; vielmehr fanden die westdeutschen Gewerkschaften zur letztlich die Stabilität der Bundesrepublik maßgeblich mitbegründenden Einheitsgewerkschaft. Wer die ausschlaggebende Bedeutung dieser beiden Reformepochen richtig würdigen will, der schaue nach England, untersuche die Gewerkschaftsstrukturen im Einflußraum des Commonwealth, aber auch die amerikanischen Gewerkschaften, diejenigen Frankreichs und Italiens. Der Schluß ist erlaubt, daß Institutionen, einmal etabliert, mit den von ihnen errungenen Erfolgen leicht die bleierne Schwere und Unbeweglichkeit des bürokratisch gefestigten Umgangs miteinander verewigen. Ein Ruck in der Geschichte ist ein günstiger Zeitpunkt für eine Reform an Haupt und Gliedern.

Die Kraft der westdeutschen Gewerkschaften rührt ganz entscheidend aus ihrer organisatorisch-programmatischen Verfaßtheit als Einheitsgewerkschaften her. Die Einheitsgewerkschaft hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung in einer gemeinsamen Organisation zusammengeführt; sie ist ein wichtiges Stück an gewonnener Erfahrung in der Geschichte der Arbeiterbewegung und deshalb wie ein Augapfel zu hüten. Als Grundprinzip gewerkschaftlicher Organisation verpflichtet sie zu weltanschaulicher, religiöser und politischer Toleranz. Gewerkschaften dürfen nicht für parteipolitische oder weltanschauliche Ziele mißbraucht werden; sie sind unabhängig von Regierungen, Parteien, Konfessionen und Unternehmen; Gewerkschaften sind autonome Organisationen freier Mitglieder, die Erwerbsarbeit leisten und in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen stehen. Dieses hohe Maß an Autonomie ist eine Grundbedingung, damit die Gewerkschaften weiterhin und nicht weniger als bisher in einem geeinten Deutschland eigenständig am Ausbau des sozialen Rechtsstaates und an der demokratischen Ausgestaltung der Gesellschaft mitwirken. Mit der Autonomie der Einheitsgewerkschaften mußte sich die historische Verquickung der gewerkschaftlichen mit der parteipolitischen Emanzipationsbewegung im Gefüge der gesamten Arbeiterbewegung notwendig lockern. Unverkennbar lag darin aber ein Vorzug für die Gewerkschaften, sind sie es heute doch vor allem, die glaubhaft, ohne Rücksichtnahmen auf Wählerstimmen,

mit der Emanzipation der Arbeitnehmer auch deren kulturelle Interessen wahren und fördern.

Es wird jedoch leicht übersehen, daß die Errichtung der Einheitsgewerkschaft bei allen unbestreitbaren Erfolgen auch ihren Preis hatte, der angesichts dieser Erfolge gering wiegen mag, aber doch selbstkritisch zu wägen ist. Nicht gemeint sind dabei diejenigen Kosten, die mit der Etablierung des Prinzips an sich, mit dem Verlust an Eigenständigkeit in den zusammengeführten Organisationen und Denkströmungen zu verzeichnen waren. Kosten, die erheblich waren und Nachwirkungen etwa im Proportionaldenken zeitigten. Es geht vielmehr um laufend entstehende Kosten: um Gefahren, die von der Neigung der Funktionäre, sich und ihre Organisationen mit einem Anspruch auf Ausschließlichkeit zu versehen, ausgehen können; um die, wenn nicht beabsichtigte, so doch faktische Selbstorientierung als Staatsgewerkschaft im Sinne der einzigen Gewerkschaft im Staate. Es geht um Loyalitäten, die auch durch den einheitsgewerkschaftlichen Gedanken bisher nicht mitumfaßt werden konnten, so zum Teil bei Angestellten und Beamten, um Loyalitäten auch, die - nicht zuletzt wegen jener Quasi-Staatlichkeit - nicht mehr wie früher mitumfaßt werden, so häufig in der arbeitenden Jugend, in den neuen sozialen Bewegungen, die für sich als lagerumspannende Dauerkonkordien allerdings wenig zu taugen scheinen. Es geht auch und vor allem um das zusätzliche Maß an innerorganisatorischer Entfremdung, das die monolithische, einheitsgewerkschaftliche Struktur schafft oder begünstigt.

Schließlich und vor allem geht es um die Frage, ob der einheitsgewerkschaftliche Gedanke im selben Maße wie etwa in den 1950er und 1960er Jahren auch gegen Ende dieses Jahrhunderts imstande sein wird, die marktwirtschaftlichen Prozesse kritisch zu begleiten und zu beeinflussen und in ihnen die Ansprüche und Rechte der Arbeitnehmer zu wahren. Strukturelle Anpassung hat sich bisher im wesentlichen auf Wachstum oder Schrumpfung der Einzelgewerkschaften beschränkt, aber dies hat das Gefüge und dessen Gewichte insgesamt stark verändert. Sicher, es gab einige marginale Verschiebungen der Organisationsfelder. Man mag die kleinen Gewerkschaften schätzen und die Macht der großen skeptisch sehen - wichtiger ist, für die Kampfkraft aller Gewerkschaften und die Stärke ihrer Argumente in der politischen Auseinandersetzung, ein neues Austarieren der Kräfteverhältnisse in der umfassenden Organisation des DGB, dessen Aufgaben neu bestimmt werden müssen.

Dieser Reformdruck ist seit langem in den Gewerkschaften zu spüren. Sollte er nunmehr, unter dem Anschluß der Arbeitnehmer der DDR, auf etliche Jahre kaschiert werden dürfen? Wollen die deutschen Gewerkschaften im geeinten Europa die Last ihrer Jahre weitertragen?

## 2. Demokratie. Nation und Gewerkschaften

Zwei große Lehren hat die Geschichte der Deutschen ihren Gewerkschaften vermittelt: daß die Grundwerte der demokratischen Gesellschafts- und Staatsverfassung unverrückbar sind und auch in den Gewerkschaften Vorrang haben; daß die früher maßlose und nun erneut stärker zu erwartende Orientierung an der Nation der Deutschen Gefahren birgt und Irrtümer zeitigt.

Erst in einer demokratisierten Gesellschaft und in einem demokratisch verfaßten, sich zum sozialen Ausgleich bekennenden Staat können Gewerkschaften Schutz- und Gestaltungsfunktionen übernehmen, die für die Fortentwicklung der Gesellschaft in der Demokratie unentbehrlich sind. Deshalb kommt der Wahrung und Fortentwicklung der Grundrechte alle Sorgfalt der Gewerkschaften zu, die für diese Aufgabe im übrigen historisch gut legitimiert sind: Man hat sie nicht, auch 1933 und 1945 nicht, von der Bedeutung der Grundrechte überzeugen müssen; es waren nicht die Gewerkschaft-

ten, die der deutschen Geschichte Schaden zugefügt haben. Seit 1945 haben die Gewerkschaften tatkräftig an der Wahrung und Ausweitung des Verfassungskonsenses in der Bundesrepublik mitgewirkt und dabei ihrerseits zu lernen vermocht. Sie haben die Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen verankern können und dabei gezeigt, daß Mitbestimmung nicht nur ein Modus von Herrschaft, sondern für sich ein demokratischer Grundwert und überdies ein wichtiges Instrument einer effektiven Volkswirtschaft ist. Sie wissen, daß Demokratie nicht nur Grundrechtssicherung bedeutet, sondern der tiefen Verwurzelung in der politischen Kultur bedarf, auch in jener der gewerkschaftlichen Organisationen. Aus dieser Sicht erwächst eine andauernde Reformaufgabe: Die Einheitsgewerkschaft ist nicht als Zustand, sondern als Prozeß zu begreifen. Innerverbandliche Demokratie ist nicht nur ein Gesetzesgebot und ein Satzungsgebot der DGB-Gewerkschaften, sondern, in der Überwindung einheitsgewerkschaftlicher Entfremdungsgefahren, ein ständiger Reformdruck zur Sicherung der Kampfkraft durch Massenloyalität. Zu den vielen Lehren der bundesrepublikanischen Geschichte gehören andererseits die manchmal widerspenstige Gewöhnung an die Marktwirtschaft und die Hochschätzung des Föderalismus, der ebensowenig aus den spezifisch gewerkschaftlichen Denktraditionen herausragt.

In dem wesentlich entlang der Vielgestalt der innergesellschaftlichen Interessen organisierten demokratischen Prozeß repräsentieren die Gewerkschaften eine ganz zentrale Kraft. Sie sind deshalb einerseits, wenn sie den demokratisch legitimierten Sozialstaat bei der Erfüllung von Aufgaben stützen, die auf soziale Gerechtigkeit zielen, sowie andererseits generell in ihrer eigenen demokratischen Verfaßtheit und in ihrer Verpflichtung auf die Demokratie, ein wesentlicher Ordnungsfaktor in dieser Demokratie. In diesen Funktionen können die Einheitsgewerkschaften, auch dies hat die westdeutsche Geschichte gelehrt, nur dann erfolgreich bleiben, wenn sie als eigenständiger und unabhängiger Verband nach außen durch ihren Dachverband wirken. Deshalb wird es - außerhalb der kooperativen Verfahren bei der Austragung der Interessengegensätze und abseits aller sonstigen notwendigen Kooperationen im Rechtsstaat - keine Sozialpartnerschaft (im Sinne der Vermeidung oder Verhinderung konfliktorischer Lösungen) in der Gestaltung der industriellen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, Arbeitgebern und Arbeitnehmern geben können. Die Gegensätze sind Bestandteil gesellschaftlicher Rationalität und systembedingt unaufhebbar; sie resultieren aus Verfügungsfreiheit und Lohn- bzw. Gehaltsabhängigkeit, aber zu einem guten Teil, und zwar zunehmend, aus sachbedingten Herrschaftsverhältnissen.

Denn die Ausgangsbedingungen und die Machtverteilung zwischen den interessenpolitischen Antipoden sind auch im demokratischen Sozialstaat nicht automatisch gleich, und sie unterliegen überdies beständigem Wandel. Sie müssen in einem anhaltenden Prozeß wechselseitigen konfliktorischen Kräftemessens stets aufs neue hergestellt und in Frage gestellt werden. Nach dem Verständnis der Gewerkschaften sind Konflikte, und zwar insbesondere diejenigen Konflikte, die aus der Verfaßtheit der Arbeitsverhältnisse herrühren, Wesenselemente einer demokratischen Fortentwicklung der Gesellschaft und zugleich Herausforderungen, die dem marktwirtschaftlichen Strukturwandel eigen sind.

In diesem konfliktorischen Prozeß haben die Gewerkschaften die Pflicht, die in ihrer Geschichte zusammenfließenden, in der Gesellschaft virulenten humanen Utopien offensiv zu vertreten und darin zur Meinungsbildung in der Gesellschaft beizutragen. Sie sind in diesem Sinne Gegenmacht. Sie können und müssen kontroverse Positionen beziehen und alternative Gestaltungsideen formulieren. Sie beanspruchen ein Recht nicht nur zur Mitgestaltung, sondern zur Fortentwicklung der demokratischen Verfassung und, in diesem Zusammenhang, der ökonomischen und sozialen Existenzgrundlagen. Sie werden den Sozialstaat wachsam hüten und ausbauen und ein Recht zum

Widerstand gegen Feinde der Demokratie und gegen solche Partikularinteressen wahrnehmen, die sich scheinbar aus dem Gemeinwohl legitimieren und nichts als dessen zweckdienliche Instrumentalisierung beabsichtigen.

Mit anderen Worten: Es besteht keine Veranlassung, die Denktraditionen der deutschen Gewerkschaften aus ihren Handlungsorientierungen zu verbannen. Sie sollen und müssen die fruchtbare Auseinandersetzung zwischen den gesellschaftlichen Utopien, die aus der Aufklärung und dem Humanismus, aus dem frühen, dem genossenschaftlichen und dem marxistischen Sozialismus, aus der christlichen Soziallehre und der modernen sozialwissenschaftlichen Theoriebildung herrühren, in ihren Reihen weiterführen. Diese Auseinandersetzung begründet und legitimiert den spezifisch gewerkschaftlichen Weitekanon in der Demokratie, sie begründet in letzter Instanz gewerkschaftliche Autonomie, und sie korrigiert immer wieder die gewiß verständliche Neigung zum gewerkschaftlichen Nur-Pragmatismus, zur Perspektivlosigkeit und zum bloßen interessenpolitischen Materialismus. Wir verstehen diejenigen nicht, die mit den marxistisch-leninistischen und stalinistischen Verzerrungen des Sozialismus diesen und seine Ideen für erledigt halten, so wenig wie diejenigen, die sich durch ihren Agnostizismus oder Atheismus der christlichen Soziallehre und ihrer Ideen entledigen. Wir warnen die deutschen Gewerkschaften davor, ihre Prinzipiendebatte in die Regale der Geschichte einzustellen und sich damit und deswegen um so leichter nicht nur über die vierzigjährige DDR-Geschichte hinwegzusetzen, sondern zugleich den Kern ihres kritischen Potentials zu verlieren, den sie so dringend für ihre gesamteuropäischen Handlungsstrategien und für ihre Neuordnung in einem geeinten Europa benötigen werden.

Denn wir sind der Ansicht, daß die „europäische Perspektive“ auch in der gegenwärtigen deutschlandpolitischen Euphorie Vorrang behalten muß. Mit den nicht zu tilgenden Fehlwegen deutscher Geschichte zwischen 1848/49 und 1945 vertraut und aus Furcht vor den Unwägbarkeiten einer neuerlichen deutschen Einigungsgeschichte, können wir uns mit einer „nationalen“ Perspektive nicht weiter anfreunden. Wir würden gern, hielte uns davon nicht die europa- und weltpolitische Realität ab, den Nationsbegriff überhaupt meiden, zumal Europa 1000 Jahre ohne ihn ausgekommen ist und sich mit ihm, unter maßgeblicher Schuld der Deutschen, in einen mörderischen Völkerstreit begab. Die Geschichte hat gezeigt, daß Staatsbildung unabhängig von Sprach- und Kulturnationen erfolgreich sein kann. Wir sollten deshalb unsere Kraft darauf verwenden, zu einem pragmatischen Verständnis von der Nation der Deutschen zu finden, zu einem Verständnis vor allem, mit dem unsere Nachbarn leben können. Nun soll die Welt nicht am deutschen Wesen genesen, aber die Deutschen können in Europa Standpunkte vertreten, die sich aus ihrer Schuld- und Leidensgeschichte herleiten und hieraus verständlich werden.

Jedenfalls aber verwahren wir uns gegen dasjenige, das im Prozeß der deutschen Einigung auf- und mitzuschwimmen droht: neuer Nationalismus, gegen den bekanntlich auch Arbeiter und Unterschichten nicht gefeit sind; neue alte machtpolitische oder gar Großmacht-Attitüden; Deutschtümelei, Rechthaberei und Besserwisserei, zu schweigen von dem, was mit dem Nationalismus in der deutschen Geschichte einhergegangen ist: Rassismus, Antisemitismus, Aggression. Die Gewerkschaften müssen sich mit der ganzen Kraft ihrer Ideen und Organisationen gegen Keime neuen nationalistischen Denkens innerhalb und außerhalb ihrer selbst einsetzen. Das mag wie eine Selbstverständlichkeit klingen, aber wir kennen längst und hassen die Ausländerfeindlichkeit gewisser Kreise „im Westen“. Mit Unbehagen nehmen wir ähnliche, historisch vielleicht anders verwurzelte Tendenzen in der DDR zur Kenntnis. Wir sehen nicht, daß die deutsche Einigung dieses Problem und das eines latenten Revanchismus gewisser Kreise an sich beseitigen würde.

### 3. Deutsche Einheit und Gewerkschaftsreform

Die Gewerkschaften wollen die deutsche Einheit. Sie verlangen jedoch zu Recht, daß diese Einheit von einer eindeutigen Mehrheit der Bevölkerungen dieser Staaten gewollt wird. Schon das bedingt, daß es einen Modus der Zustimmung - eine Volksabstimmung über die Einheitsfrage, einen Verfassungskonvent - geben soll und daß der Prozeß der Einigung und Vereinheitlichung sozialverträglich zu gestalten ist: In der Bundesrepublik sind die Lasten gerecht zu verteilen, und es muß das Ziel der Einigungspolitik sein, ihre krisenhaften Begleiterscheinungen rasch zu überwinden, den Menschen der DDR möglichst bald umfassende politische Partizipation auf allen Ebenen zu ermöglichen, ihre Grundrechte und Grundfreiheiten zu sichern und ihnen selbstverständlich den gleichen Lebensstandard rasch zu eigen zu machen.

All dies ist häufig diskutiert worden. Für die Gewerkschaften erscheint wichtig zu bedenken, erstens, welche Verhältnisse in 40 Jahren DDR-Geschichte entstanden sind und das gewerkschaftliche Handeln dort sowie die Herstellung der Gewerkschaftseinheit in Deutschland beeinflussen werden, zweitens, welche gewerkschafts- und sozialpolitischen Errungenschaften unverrückbar festzuhalten und - der Weg steht noch nicht fest - zu übertragen oder zur Annahme zu empfehlen sind und welche Ziele von Gewerkschaftspolitik als Orientierungspunkte dabei formuliert werden sollten, drittens, ob und inwiefern die historische Chance der Gewerkschaftsreform nach innen ergriffen werden kann.

Wir raten, das jahrzehntelange Gewordensein der Zustände, Verhaltensweisen und Mentalitäten nicht zu unterschätzen. Die Weitorientierungen sind in der DDR unter der SED-Diktatur höchst bewußt an den damit verkrustenden Traditionen der Arbeiterbewegung fixiert und die Lebensverhältnisse entsprechend „nach unten“ nivelliert worden; Selbständigkeit wurde nicht nur im Erwerbsleben weitgehend ehminiert; mit den Dienstleistungen blieben ganze Berufsbilder und Aufstiegsorientierungen ausgespart; es mangelt an Bürgerlichkeit in der DDR. Solidarität unter Arbeitnehmern könnte archaische Züge tragen oder gewinnen, denn wer die Herrschaft der Parteibonzen *so lange ertragen mußte, könnte versammlungsdemokratische Formen* gegenüber der repräsentativ-gewerkschaftlichen Willensbildung alternativen Rang einräumen. Überdies war die gesamte Gesellschaft durch das Regime mehr oder weniger affiziert, und ein Erbe muß demgemäß bewältigt werden. Hochmut steht darin keinem an, auch und gerade Westdeutschen nicht, die das glücklichere Los zogen. Wir werden insbesondere jenen unseren Respekt zu bezeugen haben, die ehrlich überzeugt waren, sich nicht schuldig machen und weiter, auch in den Gewerkschaften, mitarbeiten wollen, wenn sie die fundamentalen Grundsätze der freien Gewerkschaften zu teilen bereit sind. Ihre Chance auf ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit, ihr Recht auf sozialen Schutz und Selbstverwirklichung behalten auch jene, die solche Grundsätze nicht teilen wollen. Wir werden uns mit ihnen auseinandersetzen: Demokraten haben recht, sind aber keine Rechthaber; Toleranz ist die angemessene Haltung. Wer sich die Grundformen des demokratischen Diskurses nicht anbequemen will, gehört im Rahmen und mit den Mitteln des Rechtsstaats bekämpft.

Vierzig Jahre sind eine lange Zeit - aber nicht lang genug, daß vergessen werden könnte, welche positiven Grunderfahrungen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung herrühren, im Kampf gegen den Nationalsozialismus gleichsam erlitten wurden und nach wie vor geteilt werden: historische Orientierungspunkte unbedingter Treue zur Demokratie. Aus dem Antifaschismus hingegen einen Fetisch zu machen und darin einerseits historische Schuld zu verdrängen und andererseits das Denken einer neuen alten Einheitsfront zu verbergen, von solchen Bestrebungen halten Gewerkschaften sich besser fern, zeigen sie doch, daß die Entwicklung unserer Demokratie nicht verstanden wurde oder nicht verstanden werden will.

Der eingeschlagene Weg zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit mag, unbeschadet der oben bereits bezeichneten verfassungspolitischen Bedenken, elegant erscheinen, hätte man sich doch des Hauptes der leninistischen Zwangsgewerkschaft, des FDGB als Dachverband, entledigt und könnte möglicherweise von einem ihrer Kennzeichen, dem Gewerkschaftszwang, profitieren. Alte Loyalitäten würden kaum merklich in neue überführt, und für die gesamte Gewerkschaftsbewegung ließe sich eine Stärkung ihres Organisationsgrades erreichen. Gar erführe das „Angestelltenproblem“ eine für die westlichen Organisationen nicht so selbstverständliche Regelung, von selbst sozusagen. Das mag alles legal erscheinen, ist aber nicht völlig legitim und zu rechtfertigen nur, wenn auch hier Liberalität einkehrt. Außerdem sind die Chancen dieses Weges angesichts des zu erwartenden immensen Strukturwandels leicht überschätzt. Es darf nicht vergessen werden, daß gewerkschaftliche Loyalität stets aufs neue erworben sein will.

Nicht viel von dem, was in der DDR war und was die DDR war, erscheint heute bewahrenswert, aber das könnte eine allzu bequeme und oberflächliche Feststellung sein. Vielleicht lassen wir uns mehr Zeit für das bessere Begreifen einer anderen Gesellschaft. Sowieso ist damit zu rechnen, daß Besonderheiten - etwa, was die Eigentumsverhältnisse angeht — noch sehr lange bewahrt werden, was spezifische Reaktionen auf Seiten der Gewerkschaften erforderlich machen wird. Vielleicht nutzen die Gewerkschaften auch manches zur politischen Initiative im Westen: Das Berufsbeamtentum ist nicht sakrosankt, schon gar nicht, wenn der Weg nach Europa angetreten wird. Vielleicht entwickeln sie rasch ihre Haltungen zu den Grundproblemen, die sich mit der Neuordnung der Wirtschaftsverfassung in der DDR bereits abzeichnen: zu der Zukunft der HO-Ketten etwa, zur Entflechtung und neuen Situierung von ehemaligen Kombinat im Markt, zur Weiterentwicklung der DDR-Agrarverfassung, zur Wissenschaftspolitik, zu den Perspektiven des DDR-Wohnungsmarktes, zur Behandlung der Reste der Apparate- und Funktionärswirtschaft. Nicht nur der Rat, sondern viel mehr, die Mitbestimmung der Gewerkschaften ist in diesen und anderen Fragen nötig; es bedarf dringend eines mittelfristigen gewerkschaftspolitischen Konzepts, das nach Lage der Dinge nur in den Gremien des DGB entstehen kann. Und vielleicht machen die Gewerkschaften, angesichts einer katastrophalen Situation in der DDR, aktive Umweltpolitik zu ihrem prominenten Ziel.

Unverzichtbar - und wohl auch nirgends bezweifelt - ist das Erfordernis, möglichst rasch eine einheitliche und starke Interessenvertretung aller Beschäftigten in Deutschland herzustellen. Gerade wegen unserer leisen Kritik bleibt die Einheitsgewerkschaft Handlungsziel im Vereinigungsprozeß und Kernform der Organisation danach. Hieran festzuhalten, erscheint um so wichtiger, als mit der Vereinigung das Wiederaufleben eines kommunistischen Gewerkschaftsflügels einhergehen könnte.

Zu den Eckpunkten gewerkschaftlicher Forderungen zählt die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen. Die gesetzliche Grundlage einer wirksamen Mitbestimmung im Betrieb und im Unternehmen muß durch ein zukunftsweisendes und modernes Betriebsverfassungsgesetz geregelt werden, das in seinen Grundzügen auf dem in der Bundesrepublik geltenden Recht aufbaut. Die vollendete paritätische Mitbestimmung bleibt Leitlinie der Gewerkschaftspolitik. Dabei sollten sich die Gewerkschaften vergegenwärtigen, daß die Einführung der Mitbestimmung auf Betriebs- und Unternehmensebene in der DDR unter wenig günstigen Vorzeichen erfolgen wird: über die Treuhandstelle wird gewerkschaftliche Mitbestimmung veranlaßt sein, zum Teil höchst unpopuläre Maßnahmen mitzutragen. Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der DDR muß sich bereits in den Anfängen mit Strukturpolitik verknüpfen, weil der erforderliche Wandel allein auf der betrieblichen Ebene nicht zu bewältigen ist.

Das Sozialstaatsgebot behält beziehungsweise erhält Verfassungsrang. Dabei bedarf es keines Gewerkschaftsgesetzes; die Gewerkschaften der Bundesrepublik sind auch ohne ein solches zurechtgekommen. Aber die Tarifautonomie bleibt Grundsatz und Aufgabe gesellschaftlicher Konfliktregelung, denn durch eigenständige Tarifforderungen die Interessen der arbeitenden Menschen wahrzunehmen und durchzusetzen, ist das zentrale Wesensmerkmal freier und unabhängiger Gewerkschaften. Wem bei den jüngsten, ersten Tarifabschlüssen in der DDR die Konzessionen, sprich, die Lohnerhöhungen zu weit gingen, dem sei der durchweg außerordentlich große Abstand zu Westdeutschland ins Gedächtnis gerufen und ferner gesagt, daß Betriebe, Unternehmen und auch Arbeitgeber der DDR in der Übergangsphase zugleich deren Risiken zu mindern, die Stellung der Arbeitnehmer zu sichern, geordnete Grundlagen für betriebliche Kalkulationen und Marktstrategien zu erstellen und ganz generell ihrerseits Tarifpolitik zu erlernen haben. Sie stehen vor einer beinahe unlösbaren Aufgabe. Sie müssen, wie auch die Gewerkschaften und ihre Funktionäre in der DDR, vor allem den schmalen Grat erkennen lernen, auf dem sich Lohnpolitik zwischen Beschäftigungssicherung, Verteilung von Produktivitätsgewinnen und Rationalisierung bewegt. Gewerkschaftspolitische Zurückhaltung in der Lohnpolitik kann Rationalisierung geradezu verhindern. Gewerkschaften schützen nicht nur die Arbeitnehmer; sie wirken auch als Regulative in der sozialen Marktwirtschaft, zu der sie sich im Prinzip bekennen. Sie wissen aber nicht nur um die humanen Züge der Marktwirtschaft, zumal um deren Gewährleistung individueller Freiheit, sondern sie fürchten und bekämpfen ihre inhumanen Züge, ihre Tendenz zur unsinnigen Verschärfung von Gegensätzen, zur Entsolidarisierung, zur Geringschätzung des Loses der Schwachen. Und sie stellen jedenfalls die Grundwerte der demokratischen Gesellschaft, darunter auch jenes auf Bewahrung der natürlichen Umwelt, über die sogenannten Gesetze des Marktes.

Zu fordern ist, das Aussperrungsverbot, wie es in der Verfassung der DDR verankert wurde, in eine deutsche Verfassung zu übertragen. In der aktiven Tarifpolitik ist die rasche Angleichung der Lebenslagen in Deutschland ein erstes, die Sicherung der Arbeitnehmerposition im Verteilungskampf das dauerhafte Ziel. Nicht geringgeschätzt werden darf, daß die westdeutschen Gewerkschaften und die Gewerkschaften überhaupt in der Vereinigungsphase einer spezifischen Schutzpflicht nachzukommen haben. Es darf keine Kahlschlagsanierungen geben; den vom Strukturwandel hart, härter als je in der Bundesrepublik, betroffenen Menschen in der DDR muß eine je individuell realisierbare Perspektive für ihre Zukunft, müssen Sozialpläne erkämpft werden. Unverzichtbar ist ebenso der Aufbau eines der Bundesrepublik möglichst vergleichbaren, wenn nicht in der Übertragung verbesserten sozialen Sicherungssystems gegen die Risiken abhängiger Beschäftigung, gegen Krankheit, Erwerbsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit. Die Gewerkschaften verstehen und würdigen, daß die ersten bedeutenden Schritte hierzu bereits getan sind, aber die finanzpolitischen Dimensionen, soweit sie bisher erkennbar sind, werden nicht ausreichen. Der Staat und damit alle Bürger werden weitere Leistungen und damit Opfer erbringen müssen.

Für die Gewerkschaften selbst und ihre autonome Formgebung und Willensbildung liegt im Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eine Reformchance, die so rasch nicht wiederkehren wird. Die Solidarität ihrer Mitglieder hat die Gewerkschaften stabil und erfolgreich gemacht. Zwar hat sich an der Abhängigkeit der Arbeitnehmer im Prinzip wenig geändert, viel hingegen, infolge aktiver Gewerkschaftspolitik, an deren sozialer Absicherung, an den Arbeitsbedingungen, am Verhältnis von Arbeit und Freizeit, an den subjektiven Erfahrungen und Weltvorstellungen insgesamt. Der Grad an Freiheit der einst wirtschaftlich und politisch Unterdrückten, gesellschaftlich Isolierten ist so gewachsen, daß sich auch die Bedingungen für die Herstellung von Solidarität, die Formen und Inhalte dieser Solidarität gewandelt haben. Diesem Wandel durch neue und modifizierte Formen kollektiven Verhaltens und gewerkschaftlicher



Organisation Rechnung zu tragen, ist eine ganz große Herausforderung für die Gewerkschaftsbewegung der Zukunft - und überdies Gebot der Stunde.

Die Gewerkschaften der Bundesrepublik haben mit ihren Organisationsprinzipien im internationalen Vergleich beachtliche Erfolge erzielt, und sie haben den technischen, ökonomischen und sozialen Wandel ohne gravierende Mitgliederverluste oder Einbußen an Legimitation „verkraftet“. Aber die Anzeichen mehren sich, daß der Strukturwandel der Arbeitnehmerschaft, der gesellschaftliche Wertewandel und auch gewerkschaftspolitische Versäumnisse und Fehlleistungen die seit über 40 Jahren gültige Art innergewerkschaftlicher Arbeitsteilung und gewerkschaftlichen Wirkens nach außen beeinträchtigen und immer weniger effizient machen. Zwar hat die Zusammensetzung der Mitglieder in der Gewerkschaftsgeschichte nie jener der Arbeitnehmer insgesamt entsprochen, aber die Diskrepanzen haben nunmehr unvertretbare Ausmaße angenommen. Frauen, Jugendliche und Angestellte waren zum Teil immer schon und sind heute in gefährlichem Maße unterrepräsentiert. Insbesondere entsprechen die Zuständigkeitssegmente der einzelnen Gewerkschaften nicht mehr durchweg dem Entwicklungsstand und den -Perspektiven der modernen Wirtschaft, deren Schwerpunkt sich längst von den schwerindustriellen und produzierenden Gewerben zu den vielfältigen, von den Gewerkschaften zum Teil schwer zu erreichenden Berufen des tertiären Sektors verschoben hat.

Problematisch geworden ist auch die Rolle des Dachverbandes. Überlegungen zu dessen Stärkung stoßen naturgemäß auf wenig Gegenliebe, denn zum einen ist soeben das zentralistisch-autoritäre FDGB-Modell gescheitert; zum anderen können Einflußgewinne der Spitze zu Lasten der Verbändeautonomie gehen. Dennoch spricht einiges dafür, die Aufgaben des DGB - dies wird gewiß auch in den geeinten deutschen Gewerkschaften sein Name bleiben - neu zu fassen:

- Der öffentliche Meinungspluralismus hat in der Mediengesellschaft eine so bedeutende Rolle gewonnen, daß die Bündelung der Gewerkschaftsstimme in der DGB-Spitze schärfere Konturen bekommen muß;
- wirtschaftliche und politische Strukturveränderungen lassen eine stärkere globale Ansprech- und Entscheidungsinstanz geraten erscheinen, um der wirtschaftspolitischen Steuerungskapazität des Staates und der insgesamt sehr viel leichter zu organisierenden gesamtstaatlichen Arbeitgeberhaltung einen autorisierten Widerpart bieten zu können;
- die organisatorische Einheit der Gewerkschaften repräsentiert sich nicht allein, aber zusammenfassend im DGB;
- in einigen gewerkschaftspolitischen Arbeitsfeldern, so insbesondere in der Wissenschafts- und Kulturpolitik, sind die an sich noch zu schwach ausgeprägten einzelgewerkschaftlichen Aktivitäten sonst kaum zu steuern;
- der DGB hat in der arbeitsteiligen Gewerkschaftsorganisation Teilfunktionen der Verbände zentralisiert zu übernehmen, wobei diese Teilfunktionen besser zu präzisieren sind als bisher;
- auch weiterhin muß der DGB als Handlungs- und Ausgleichsinstanz die überverbandlichen Aktivitäten der Gewerkschaften von der lokalen bis zur zentralen Ebene kooperativ organisieren;
- vorläufig jedenfalls - und auf absehbare Zeit - wird ein großer Teil der gewerkschaftlichen Gestaltungsaufgaben im europäischen Binnenmarkt durch den DGB wahrzunehmen sein, wobei die Entfaltung der Gegenseite hin zur übernationalen wirtschaftspolitischen und unternehmerischen Zentralität strategisch zu einer analogen Handlungsfähigkeit zwingt.

Reparaturen an der satzungsmäßigen Organisationsstruktur des DGB und seiner Einzelgewerkschaften, etwa durch begrenzte Kompetenzerweiterungen des DGB-Bun-

desvorstandes, verfehlen das Zielbild einer umfassenderen Strukturreform der Gewerkschaften. Diese müßte, das erscheint uns entscheidend, an der Definition der Einzugsfelder der einzelnen Gewerkschaften mit dem Ziel ansetzen, den Verbänden, ausgehend von konstatierten und sinnvoll antizipierten Marktlagen, annähernd gleiches Gewicht zu verleihen. Die finanzielle Ausstattung des DGB bedarf nachhaltiger Stärkung durch erhöhte Beiträge der Mitgliedsgewerkschaften. Gerade weil die ins Haus stehende gesamtdeutsche Gewerkschaftseinheit diese Probleme wegen der abweichenden Verbändestruktur in der DDR in jedem Fall zu bedenken hat, erscheint uns die Reformchance in diesen Monaten sehr konkret, aber sie ist vielleicht in vielen Verbänden bereits vergeben.

#### 4. Frieden, Europa, Gewerkschaften

Wir betonen nochmals, daß die Herstellung der Gewerkschaftseinheit im künftigen Deutschland, so riesengroß deren Probleme erscheinen mögen, letztlich noch die kleinere Aufgabe bleibt angesichts der Herausforderungen der europäischen Einigung und zunächst des europäischen Binnenmarktes. Was jetzt zu geschehen hat, darf diese Herausforderung nicht aus dem Blick verlieren. Die Handlungskraft und Autorität deutscher Gewerkschaften in Europa wird sich aus einem differenzierten Verständnis der historisch gewachsenen Rolle Deutschlands in Europa herleiten. Gerade im Verhältnis zu unseren Nachbarn wird uns die Geschichte immer wieder einholen.

Die Deutschen haben, das war ihre verhängnisvolle Rolle im 20. Jahrhundert, ihre demokratische Ordnung unter den Opfern der ganzen Welt erlangt. Das hat in sich viele Ursachen gehabt, und die Folgen waren so grausam, daß die Scham uns auch in künftigen Generationen begleiten muß und wird. Auch wenn die deutschen Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung insgesamt noch die stärkste demokratische Kontinuität in der deutschen Geschichte verkörpert haben, so werden sie deren Verstrickungen nicht leugnen. Sie haben sich hierzu immer bekannt und ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur Abtragung der Völkerschuld bekundet.

Die deutsche Einigung macht diesem kein Ende - es ist Abstand geboten zu den Schlußstrichziehern und gegenüber jenen, die ihre späte Geburt auch noch zur Gnade machen. Dennoch markiert die Einigung einen Abschluß der Demokratiegewinnungs-epoche der Deutschen und der Neuordnung Europas unter nationalstaatlichen Vorzeichen. Was immer den Kalten Krieg konstituierte - später wird man vermutlich wissen, daß er zur Befriedung der Deutschen ebenso nötig war wie der heiße. Man stelle sich vor, die Einheit der beiden deutschen Staaten wäre im Zuge der (gescheiterten) Ministerpräsidentenkonferenz von 1947, der Stalin-Note von 1952 oder des Aufstands vom 17. Juni 1953 erlangt worden - sie wäre immer als unvollständig empfunden worden, hätte innerhalb des Landes die Gewinnung der demokratischen politischen Kultur erschwert und nach außen die Grenzfrage nach Osten unerträglich und existentiell beschwert. Letztlich war wohl eher Polen der Spielball des Kalten Kriegs: Indem die Sowjetunion jahrzehntelang, darin auch im gesamteuropäischen Interesse handelnd, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten verhinderte, hat sie ihre eigene Westgrenze und Polen in seinen neuen Grenzen stabilisiert und wohl auch die Deutschen von ihrem ostelbischen Problem befreit.

Wir bezweifeln nach den Erfahrungen im Anschluß an Versailles 1919, daß der deutsche Revanchismus anders zu ersticken gewesen wäre. Wohl werden wir ihn künftig wieder spüren, aber er wird marginal bleiben, und ihm wird unser entschiedener Widerstand gelten - unsere Sympathie hingegen Polen und der Sowjetunion, jenen beiden Ländern, denen das einstige Deutschland das allergrößte Leid zugefügt hat. Diese unsere Sympathie sollte sich in einer Weise materialisieren, die der Leistungsbereitschaft gegenüber Israel ähnelt.

Wir gestehen: Als Intellektuelle hatten wir uns in dem kleineren Westen Deutschlands recht gut eingerichtet und uns mit ihm abgefunden. Darin haben wir uns geirrt. Wir sind deshalb vielleicht nicht recht überzeugend, wenn wir uns zu einem europapolitischen Rat an die Gewerkschaften aufmachen. Aber die Gewerkschaften haben sich insofern wohl auch geirrt, haben etwa vor allem in der Schlußphase Beziehungen zum FDGB weiter gepflegt, die der Sache nach schwierig und - das ist im nachhinein erkennbar - falsch waren und dann auch zu lange währten. Die Gewerkschaften können diesen Irrtum vielleicht besser ertragen: Ihr Aufgabenfeld deckte sich bisher immer mit dem innenpolitischen Aktionsfeld. Das wird nicht so bleiben.

Es gibt - allerdings immer wieder zu bekundende - Selbstverständlichkeiten einer gewerkschaftlichen Friedens-, Außen-, Entwicklungs- und Europapolitik; nur die letztere soll uns hier beschäftigen. Die Erhaltung des Friedens war und bleibt immer oberstes Ziel auch der wohlverstandenen gewerkschaftlichen Interessenpolitik, auch in einem ganz materiellen Sinn, denn Friedensgefährdungen oder gar Kriege werden in erster Linie auf dem Rücken der Arbeitnehmer, der Masse der Bevölkerung, ausgetragen. Wir freuen uns, daß der Frieden in diesen Jahren sicherer geworden scheint. Die Erlangung einer europäischen Friedensordnung bleibt gleichwohl ein fundamentales Ziel. Dieser Frieden wird nicht allein durch multilaterale Verträge, sondern in allererster Linie, unter schrittweiser Überwindung nationalstaatlicher Sonderung, durch das Zusammenwachsen der europäischen Staaten in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht wachsen.

Indem die Gewerkschaften dies unzweifelhaft wollen, werden wichtige Grundlagen ihrer Existenz berührt. Wir können uns die Gewerkschaften Europas nur auf einem einheitsgewerkschaftlichen Weg vorstellen und Europa selbst als ein Staatengefüge, das soziale Gerechtigkeit zum Staatszweck erhebt. Solange beides nicht gesichert ist, müssen deutsche Gewerkschaften ihre Selbständigkeit bewahren — aber andererseits dürfte die wirtschaftliche Entwicklung lange vor diesem Zeitpunkt gewerkschaftspolitische Kooperation in Europa dringend und unabweisbar machen. Der europäische Binnenmarkt hat längst schon seine Schatten vorausgeworfen, ist in dem anhaltenden Konjunkturaufschwung der letzten Jahre durch viele Investitionen antizipiert worden, und er wird, einmal eingeführt, von Gefährdung durch Wirtschaftskrisen keineswegs frei sein, vielmehr mit Gewißheit jene Ernüchterung nach sich ziehen, die sich gemeinhin und periodisch mit der Fehlleitung von Investitionen verbindet. Europa, das heißt jedoch für die Gewerkschaften wie für die Menschen zuerst: Sicherheit und Frieden. Welches Europa: Gewerkschaften handeln nur in demokratischen Gesellschaften gesichert und erfolgreich; dieser Gesichtspunkt allein und die Geographie bestimmen die äußeren Grenzen.

Die europapolitische Debatte der Gewerkschaften, die lange Jahre unzulässig auf das Problem der Marktentwicklung und der multinational operierenden Konzerne zugespitzt war, ist gegenwärtig in den Hintergrund geraten. Sie sollte rasch wieder aufgenommen und erweitert werden: auf die sozialpolitische Verfaßtheit des künftigen Staatengefüges, auf den Arbeitnehmerschutz, die institutionelle Absicherung von Arbeitnehmerrechten und die Durchsetzung der Mitbestimmung, auf Garantien für persönliche Freiheit, Selbstentfaltung und kulturelle Besonderheit. Wir wünschen uns überdies eine klare, zwischen den Gewerkschaften abgestimmte und dann möglichst einheitliche, aktive Politik gegenüber der Dritten Welt, eine Politik auch, die sich nicht auf Lippenbekenntnisse und einzelne Aktionen von Verbänden im Rahmen ihrer Organisationsfelder beschränkt, sondern Konzepte formuliert, Alternativen aufweist, Mitverantwortung trägt.

Wir brauchen vielleicht nicht zu raten, diese Perspektiven nicht aus dem Blick zu verlieren; die weitere Entwicklung wird zwingend sein, auch, weil die Gewerkschaften

dies wollen. Es geht uns darum, daß die Gewerkschaften ihre Chance jetzt nutzen und Weichen stellen, auf denen künftige Züge diejenige Richtung erhalten, die den Aufgaben der Gewerkschaften in der Gesellschaft Europas entspricht.